

# UTE VOGT

INFORMIERT



Nr. 6

SPD

Juni 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

nur wenige Themen beherrschen derzeit die öffentliche Diskussion in den Medien. Deshalb will ich euch hier auf ein paar Themen hinweisen, an denen wir aktuell intensiv im Bundestag arbeiten.

Vorbereitet wird zum Beispiel das Teilhabegesetz, das endlich die unterschiedlichsten Regelungen zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung zusammenfassen und in die Verantwortung des Bundes legen wird. Das entlastet dann insbesondere die Kommunen.

Weiterhin verhandeln wir in Sachen Fracking, um eine rechtssichere Regelung zu finden, mit der Fracking künftig untersagt und ausschließlich zu wenigen Forschungsbohrungen erlaubt werden kann.

Das Staatsziel Tierschutz, das im Artikel 20a GG verankert ist, muss stärker in der praktische Gesetzgebung Berücksichtigung finden. Deshalb haben wir in der SPD-Fraktion ein Positionspapier „Tierschutz“ mit konkreten Forderungen verabschiedet.

Für Stuttgart ist eine wichtige Neuigkeit, dass wir es geschafft haben, zur Sanierung des Gustav-Siegle-Hauses 200.000 Euro aus der zweiten Tranche des Denkmalschutz-Sonderprogramms frei zu machen. Ich bin gespannt, ob dies der örtlichen Presse einen Satz wert sein wird.

Diese und viele weitere Themen können wir wie immer beim nächsten bundespolitischen Stammtisch diskutieren und vertiefen.

Herzliche Grüße

## Barrierefrei in Erwerbstätigkeit in Stuttgart

In Stuttgart leben überdurchschnittlich viele arbeitslose schwerbehinderte Menschen. Diesen sollen bessere Chancen für den Zugang zu guten Arbeitsplätzen und die Begleitung und Fortbildung, die sie hierfür benötigen, ermöglicht werden.

Im Rahmen des Projekts „Barrierefrei in Erwerbstätigkeit in Stuttgart“ hat das Stuttgarter Jobcenter vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales jetzt 2.272.560 Euro Fördermittel für ein überregionales Modellprojekt mit dreijähriger Laufzeit bekommen. Fokus des Projektes ist die Gruppe über 45-jähriger schwerbehinderter Menschen mit dem Ziel, mindestens 100 Personen neu in den Arbeitsprozess zu integrieren. Parallel dazu werden bereits bestehende Beschäftigungsverhältnisse stabilisiert und ausgeweitet.

→ [Mehr zum Thema](#)

## Stammtisch

Der nächste bundespolitische Stammtisch findet am 24. Juni, um 18:00 Uhr im Murrhardter Hof, am Wilhelmsplatz 6, statt.

## Wohngelderhöhung entlastet Kommunen

Soziale Städte, lebenswerte Quartiere und bezahlbare Mieten sind die wichtigsten wohnungspolitischen Ziele der SPD-Bundestagsfraktion. Dazu gehört auch das Wohngeld, das vor allem Haushalte mit geringem Einkommen entlastet. Zentrale Regelung des Gesetzentwurfes ist die Anpassung des Wohngelds an die Mieten- und Einkommensentwicklung, wobei künftig nicht die Kalt-, sondern die Warmmieten berücksichtigt werden. Angesichts zunehmender regionaler Engpässe auf dem

Wohnungsmarkt sowie steigender Mieten und Heizkosten wird das Leistungsniveau des Wohngeldes angehoben. Von der Reform profitieren rund 870.000 Haushalte, davon rund 90.000 Haushalte, so genannte „Aufstocker“, die dann nicht mehr auf ALG II angewiesen sein werden. Das Gesetz fügt sich als weiterer Baustein in die lange Kette kommunaler Entlastungen durch die Koalition.

→ [Mehr zum Thema](#)



SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg mit baden-württembergischen Betriebs- und Personalräten

## Dialog in Berlin

Der traditionelle Dialog zwischen SPD-Bundestagsfraktion und Betriebs- und Personalräten aus allen Teilen Deutschlands wurde letzte Woche zum Thema „Neue Formen der Arbeit - Selbstbestimmt und Mitbestimmt“ fortgesetzt.

Die Digitalisierung durchdringt bereits jetzt alle Lebensbereiche – auch den Bereich der Arbeit. Neue Berufe entstehen, bestehende wandeln sich und wir erleben häufig eine andere Art der Arbeitsgestaltung. Fordert die digitale Vernetzung neue Konzepte? Sind arbeitspolitische Initiativen sowohl im Dienstleistungs- als auch der Industrie notwendig? In welcher Form müssen neue Rahmenbedingungen für gute Arbeit entwickelt werden? Diese und weitere Fragen standen in diesem Jahr im Mittelpunkt des Austauschs zwischen Politik und Betriebs- und Personalräten. Aus Stuttgart war Matthias Hilken, Gesamtpersonalrat der AOK, als Vertreter in Berlin.

## Tierschutz ist wichtig

Ein „bisschen Tierschutz“ reicht nicht. Sowohl für Verbraucherinnen und Verbraucher als auch Landwirte ist die aktuelle Situation nicht akzeptabel. Die Verbraucherinnen und Verbraucher können beim Einkaufen nicht erkennen, wie das Tier gehalten wurde. Die Landwirte, die ihre Tiere tierartgerecht halten, bekommen über den Preis selten Anerkennung. Das wollen wir ändern und haben in einem Positionspapier zentrale Forderungen formuliert, u.a. das Tierschutzgesetz zum Wohl der Tiere zu novellieren.

→ [Pressemitteilung](#)

→ [Positionspapier](#)

## Bürgeranliegen

Diesen Monat erreichten uns u.a. Zuschriften zu den Themen Sterbehilfe, Fracking, Vorratsdatenspeicherung, Ehe für alle und zum deutsch-russischen Jugendaustausch mit unserer Partnerstadt Samara.

## Sozialdemokratische Handschrift im Nachtragshaushalt

Im Nachtragshaushalt 2015 konnten wir uns mit dem Koalitionspartner auf eine Reihe von Änderungen einigen, die erneut eine sozialdemokratische Handschrift tragen. So erhält das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 750 neue Stellen, um die Bearbeitung von Asylanträgen zu beschleunigen.

Darüber hinaus erhält das Bundesinnenministerium 25 Mio Euro für Sprachkurse sowie 5 Mio Euro für die Bundespolizei. 8 Mio zusätzlich erhält das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für Jugendmigrationsdienste sowie 4 Mio zusätzlich für Sprachkurse für Migranten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erhält eine Erhöhung um 114 Mio für die Grundsicherung im Alter sowie 420 Mio Euro in den nächsten drei Jahren für soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt. Das Verteidigungsministerium bekommt 200 Mio extra für ziviles Personal, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick-

lung weitere 34,4 Mio Euro für die IDA-Auffüllung bei der Weltbank. Das Bundesministerium für Umwelt und Bau wird in den nächsten 3 Jahren 30 Mio für die Förderung von Investitionen in die Einbruchsicherung von Wohnimmobilien zur Verfügung haben, sowie 140 Mio Euro über drei Jahre für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur.



Auf dem Podium bei einer Fachtagung des Zentralverbandes Zoologischer Fachbetriebe Deutschlands e.V. (ZVF) in Berlin zum Thema Heimtierhaltung.



### Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart  
Tel: 0711 - 5188 90 10  
Fax: 0711 - 5188 90 20  
E-Mail: [stuttgart@ute-vogt.de](mailto:stuttgart@ute-vogt.de)

### Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 - 227 72894  
Fax: 030 - 227 76446  
E-Mail: [ute.vogt@bundestag.de](mailto:ute.vogt@bundestag.de)

